

Niederschrift

**über die 3. Sitzung der kommunalen Konferenz Alter und Pflege am
3. Februar 2016 im Rathaus**

Beginn der Sitzung: 10 Uhr

Tagesordnung

- 1 Begrüßung / Anerkennung der Tagesordnung
- 2 Genehmigung des Protokolls der zweiten Sitzung der kommunalen Konferenz Alter und Pflege vom 4. November 2015
- 3 Mitteilungen der Verwaltung
- 4 Örtliche Planung
 - 4.1. Jahresmeldungen der ambulanten Pflegedienste, der Tages- und Kurzzeitpflege sowie der stationären Pflegeeinrichtungen
 - 4.2. Vorstellung des geplanten Wohnprojektes „Die Zeilen“, Gräulinger Straße
 - 4.3. Vorstellung der neuen ambulant betreuten Wohngruppen für pflegebedürftige Menschen in der Henkelstraße
- 5 Modellprojekt „Interventionsstrategien gegen Gewalt in der Pflege“
- 6 Information zu den Umsetzungsrichtlinien für die Zusammenarbeit zwischen den örtlichen Sozialhilfeträgern und den Landschaftsverbänden nach dem Alten- und Pflegegesetz Nordrhein Westfalen (APG NRW) und der Verordnung zur Ausführung des Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen (APG DVO NRW)
- 7 Berichte aus den Arbeitsgruppen
- 8 Verschiedenes

1 Begrüßung und Anerkennung der Tagesordnung

Herr Buschhausen begrüßt die Anwesenden und informiert darüber, dass Herr Stadtdirektor Hintzsche wegen anderer kurzfristiger Terminverpflichtungen leider nicht an der Sitzung teilnehmen kann und sich entschuldigen lässt.

Er stellt Herrn Rütten als den unter anderem für das Amt für soziale Sicherung und Integration zuständigen Referenten des Büros des Oberbürgermeisters als neues Mitglied der KAP vor.

Frau Wülfing wird als Vertreterin der Interessenvertretungen zur Mitwirkung und Mitbestimmung in den Pflegeeinrichtungen des Caritasverbandes Düsseldorf e. V. und des Diözesan Caritas Verbandes Köln als neues Mitglied begrüßt.

Die Tagesordnung wird anerkannt.

2 Genehmigung des Protokolls der zweiten Sitzung der kommunalen Konferenz Alter und Pflege vom 4. November 2015

Das Protokoll der Sitzung vom 4. November 2015 wird einstimmig anerkannt.

3 Mitteilung der Verwaltung

Veranstaltungsreihe „Pflege aktuell“

Herr Buschhausen informiert über die Veranstaltungsreihe „Pflege aktuell“, welche im Rahmen der Kooperation des Amtes für soziale Sicherung und Integration und Düsseldorfer Pflegekassen stattfindet.

Im Zeitraum von Februar bis Juni 2016 stelle die Aufsuchende Seniorenhilfe ihre Arbeit vor. Die Seniorenhilfe berate ältere Menschen, die ihren Alltag nicht mehr selbst bewältigen könnten oder die pflegebedürftig seien. Gemeinsam würden geeignete Hilfen koordiniert und es werde über Versorgungs- und Betreuungsmöglichkeiten informiert. Das selbstständige und selbstbestimmte Leben in der eigenen Wohnung stehe dabei im Vordergrund.

Veranstaltungsort sei jeweils ein „zentrum plus“, mit dessen freundlicher Unterstützung die wohnortnahe Beratung erfolge. Die Teilnahme an den Informationsveranstaltungen sei kostenfrei, eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Veranstaltungsreihe „Älter werden in Düsseldorf“

Herr Dölling weist auf die am 11. März 2016 im Rahmen der Reihe „Älter werden in Düsseldorf“ stattfindende Veranstaltung zum Thema „Fragen und Antworten zum Schwerbehindertenausweis“ hin. Das Seniorenreferat des Amtes für soziale Sicherung und Integration in Kooperation mit der Volkshochschule Düsseldorf organisiere die Veranstaltung. Es werde unter anderem über die Merkzeichen und die entsprechenden Vergünstigungen des Schwerbehindertenausweises informiert. Auch die Beantragung oder Verlängerung eines Schwerbehindertenausweises sei möglich.

Die Veranstaltung im Weiterbildungszentrum am Bertha-von-Suttner-Platz finde von 15 bis 17 Uhr statt. Sie sei ebenfalls kostenfrei und eine Anmeldung nicht erforderlich.

Entwicklung altengerechter Quartiere in NRW

Anschließend berichtet Herr Dölling, dass die Stadt Düsseldorf vom Land Nordrhein-Westfalen eine Projektförderung aus dem Förderangebot „Entwicklung altengerechter Quartiere in NRW“ erhalten habe. Das im Rahmen dieses Projektes zu entwickelnde Quartier umfasse die Sozialräume „Am Bahnhof“ und „Stadtmitte“ nach der sozialräumlichen Gliederung der Stadt Düsseldorf. Weil beide Sozialräume in der Stadtmitte lägen und eine ähnliche Infra- sowie Bevölkerungsstruktur aufwiesen, werde dieser Bereich als ein Quartier verstanden. Ziel des Projektes sei es, die altengerechte Infrastruktur zu verbessern, die Einbeziehung von älteren Migrantinnen und Migranten sowie die Kontaktaufnahme zu älteren Menschen, die isoliert lebten. Hierzu sollten neue Ansprachemethoden entwickelt und umgesetzt sowie in Kooperation mit der Hochschule Düsseldorf evaluiert werden. Das Projekt werde in Trägerschaft der Diakonie Düsseldorf durchgeführt und sei im Januar gestartet. Es sei beabsichtigt, das Projekt in einer der nächsten Sitzungen der Konferenz Alter und Pflege vorzustellen.

4 Örtliche Planung

4.1. Jahresmeldungen der ambulanten Pflegedienste, der Tages- und der ambulanten, stationären und teilstationären Pflegeangeboten

Herr Schuster informiert, unter Verweis auf den Versand der Fragebögen zur Erhebung der Daten für die Jahresmeldung der verschiedenen Einrichtungen und Trägerstrukturen, dass die auf diese Weise gewonnenen Daten eine zentrale Grundlage für die örtliche Planung in Düsseldorf seien. Auf dieser Basis könne eine Bestandsaufnahme der Angebote vorgenommen und festgestellt werden, ob quantitativ und qualitativ ausreichend Angebote zur Verfügung stünden. Es könne geklärt werden, ob und gegebenenfalls welche Maßnahmen zur Herstellung, Sicherung oder Weiterentwicklung von Angeboten erforderlich seien. Herr Schuster appelliert an die Mitglieder der KAP, die ja zum Teil nicht nur ihre jeweils eigene Trägerstruktur, sondern darüber hinaus alle ihrem Spitzenverband angehörigen Einrichtungen aus Düsseldorf vertreten, dafür zu werben, dass die ausgefüllten Jahresmeldungen pünktlich der örtlichen Planung zur weiteren Bearbeitung vorliegen.

Darüber hinaus gelte es laut Herrn Schuster, die Fragestellung zufriedenstellend zu beantworten, ob die adäquate Versorgung von Menschen mit Demenz oder anderen psychiatrischen Erkrankungen, die der geschlossenen Unterbringung in einer Pflegeeinrichtung bedürfen, quantitativ ausreichend ist. Dazu seien Fragebögen für die vier Düsseldorfer Krankenhäuser mit geriatrischen und gerontopsychiatrischen Abteilungen (Kaiserwerther Diakonie, Krankenhaus Elbroich, LVR-Klinikum und St. Martinus Krankenhaus) und für die gesetzlichen Betreuerinnen und Betreuer konzipiert worden. Die Erhebung in dieser Form sei möglich auf der Grundlage einer koordinierten Initiative der Psychiatriekoordination des Gesundheitsamtes, der örtlichen Planung im Seniorenreferat des Amtes für soziale Sicherung und Integration und der Betreuungsstelle für Erwachsene des Jugendamtes. Als Rücklauf Fristen für die auf zwei Jahre angelegte Untersuchung sollten die Befragten die „Abflussprobleme“ und Unterbringungsprobleme in jeweils einem Kalenderjahr bilanzieren.

4.2. Vorstellung des geplanten Wohnprojektes „Die Zeilen“, Gräulinger Straße

Herr Jansen von der Arbeiterwohlfahrt Düsseldorf (AWO) berichtet mit einer ausführlichen Power-Point-Präsentation über das geplante Wohnprojekt. Die neuen Wohngebäude „Die Zeilen“ der Wohnungsgenossenschaft Düsseldorf-Ost eG. (WOGEDO) entstünden in Gerresheim mit dem Schwerpunkt der Integration von Senioren-Wohnen. Es würden insgesamt sechs Häuserzeilen mit 80 Wohnungen entstehen, wovon 68 Wohnungen durch die WOGEDO und zwölf Wohnungen durch die AWO an Seniorinnen und Senioren ab 60 Jahre vermietet würden. Zusätzlich entstehe eine ambulant betreute Wohngemeinschaft für Menschen mit Demenz in zwei Wohngruppen mit jeweils sechs Personen auf zwei Etagen. Herr Jansen stellt anhand von Gebäude- und Wohnbereichsgrundrissen die verschiedenen Wohnalternativen detailliert vor. Acht öffentlich geförderte Wohnungen mit jeweils 60 Quadratmetern seien für Ehepaare beziehungsweise Lebensgemeinschaften vorgesehen. Die ambulant betreute Wohngemeinschaft werde aus zwei Wohngruppen mit sechs Bewohnerinnen beziehungsweise Bewohnern bestehen. Der ambulante Pflegedienst befinde sich im Haus und stelle somit eine flexible Betreuung sicher. Der Bezug der Häuser sei laut Herrn Jansen für Anfang 2017 geplant. Er legt Flyer der ambulanten Wohngemeinschaft für Menschen mit Demenz aus.

Herr Buschhausen dankt Herrn Jansen für die Berichterstattung.

Die Power-Point-Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 1 beigefügt.

4.3. Vorstellung der neuen ambulant betreuten Wohngruppen für pflegebedürftige Menschen in der Henkelstraße

Herr Gerhard von der isb Ambulante Dienste gGmbH (isb) stellt die Einrichtung mit einer ausführlichen Power-Point-Präsentation vor. Er betont den großen Schwerpunkt der Selbstbestimmung in der Intensivpflege-Wohngemeinschaft in Düsseldorf-Reisholz. Große Wohngemeinschaften hätten nach dem Verständnis der isb eher einen Heimcharakter, der Selbstbestimmung schwierig mache. Die kleinen Wohngemeinschaften der isb mit drei bis vier Bewohnerinnen beziehungsweise Bewohnern hätten einen klassischen Wohngemeinschaftscharakter und böten einen hohen Selbstbestimmungsgrad. Mit ihrer eins zu eins Betreuung stellten sie eine Alternative zur klassischen stationären Wohneinrichtung dar. Inklusion durch Barrierefreiheit sei eine der Grundlagen der Selbstbestimmung. Herr Gerhard stellt anhand eines Grundrisses der Wohngruppe in der Henkelstraße dar, wie in der Bestandsimmobilie, ein ehemaliges Restaurant, anhand der Bedürfnisse der Bewohnerschaft umgebaut worden sei. Da es sich bei der isb um ein gemeinnütziges Unternehmen ohne Renditeorientierung handle, seien die kleinen Wohngemeinschaften laut Herrn Gerhard finanzierbar.

Herr Buschhausen dankt Herrn Gerhard für die Vorstellung des Projektes.

Die Power-Point-Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 2 beigefügt.
Herr Buschhausen verlässt die Sitzung und Herr Dölling übernimmt die Sitzungsleitung.

5 **Modellprojekt „Interventionsstrategien gegen Gewalt in der Pflege“**

Frau Siegel vom Institut für Rechtsmedizin des Universitätsklinikums Düsseldorf zieht eine Bilanz zum Modellprojekt. Einführend informiert sie über das Ziel des Modellprojektes, einen Interventionsansatz zur Prävention von Gewalt in Einrichtungen der Pflege zu entwickeln. Sie erläutert die einzelnen Schritte des Projektes von der Ist-Analyse mit Interviews in zehn Düsseldorfern Pflegeeinrichtungen, einer gemeinsam entwickelten Definition von Gewalt und einem Leitbild, welches als Schild mit Kurzinformationen und Handlungsempfehlungen erarbeitet worden sei. Zusätzlich seien unter anderem Gewaltpräventionsbeauftragte als Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in den Einrichtungen geschult worden. Nach einem Jahr habe eine Abschlussbefragung in den Einrichtungen stattgefunden. Hilfestellungen, wie die Kurzinformation, Handlungsleitfäden und Checklisten, wurden in diesem Rückblick in den Einrichtungen häufig eingesetzt und als hilfreich erachtet. Gewaltpräventionsbeauftragte und Dokumentationsbögen erhielten wenig Zustimmung.

Als Fazit stellt Frau Siegel fest, dass die im Rahmen des Projektes entwickelten Interventionsinstrumente in den Einrichtungen als positiv und praxistauglich bewertet worden seien. Schulungskonzepte würden nun entwickelt und den Einrichtungen zur Verfügung gestellt. Abschließend würden die entwickelten Interventionsinstrumente auf der Homepage des Institutes für Rechtsmedizin des Universitätsklinikums Düsseldorf zur Verfügung gestellt.

Frau Meister berichtet von ihrer Tätigkeit als Einrichtungsleiterin bei der Diakonie Düsseldorf. Dort sei das Thema „Gewalt in der Pflege“ präsent gewesen und Schulungen hätten auch regelmäßig stattgefunden. Ihres Wissens sei dies auch bei den anderen Einrichtungen und Trägern üblich.

Die Frage, ob Angehörige von Bewohnerinnen und Bewohnern der Pflegeeinrichtungen sowie Gewaltopfer in das Projekt einbezogen worden seien, verneint Frau Siegel.

Herr Dölling dankt Frau Siegel für die Erläuterungen zum Modellprojekt.

Die Power-Point-Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 3 beigefügt.

6 **Information zu den Umsetzungsrichtlinien für die Zusammenarbeit zwischen den örtlichen Sozialhilfeträgern und den Landschaftsverbänden nach dem Alten- und Pflegegesetz Nordrhein Westfalen (APG NRW) und der Verordnung zur Ausführung des Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen (APG DVO NRW)**

Herr Schuster erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation den Beratungsablauf und die Richtlinien zum Thema. Zur Sicherstellung der Vereinheitlichung des Beratungsverfahrens in NRW auf der Basis von APG NRW und APG DVO NRW hätten die Landschaftsverbände und Kommunen einen Arbeitskreis zur Umsetzung des APG DVO NRW bei Baumaßnahmen gebildet.

Herr Schuster fasst das aufgrund der neuen gesetzlichen Grundlagen vorgeschriebene Vorgehen schematisch zusammen. Demnach sei die örtliche Planung nach § 7 APG NRW Ansprechpartner für die Planung und Abstimmung von Baumaßnahmen aller Einrichtungstypen. Diese binde den Landschaftsverband (LVR) umgehend ein, um ein Einvernehmen zur Betriebsnotwendigkeit und Wirt-

schaftlichkeit herzustellen. Die verbindliche Bedarfsplanung gemäß § 7 APG NRW finde in Düsseldorf aufgrund des hohen Bedarfes an Pflegeplätzen nicht statt. Herr Schuster betont die Bedeutung der Vorstellung der Maßnahme in der KAP nach § 13 Abs. 2 APD DVO NRW.

Wenn Betreiberstrukturen eine Förderung durch Pflegegeld anstreben, biete ein Bescheid mit Bindungswirkung Rechtssicherheit. Hierfür sei ein Beratungs- und Abstimmungsverfahren unter Vorlage von Grundrissplänen, Flächen- sowie Kostenberechnung erforderlich. Bei einem bloßen Beratungsnachweis ohne Bindungswirkung werde das Verfahren nach Fertigstellung des Gebäudes fortgesetzt.

Herr Schuster weist auf die Kooperation und Abstimmung mit anderen Behörden und Ämtern (zum Beispiel für Brandschutz, Hygiene, Lebensmittel) hin. Er betont, dass alle Fragen der Barrierefreiheit bei der Bauaufsicht zu thematisieren seien.

Neu- und Umbaumaßnahmen sowie Ersatzneubauten thematisiert Herr Schuster ausführlich. So sei zum Beispiel das Poolen eine besondere Form des Ersatzneubaus als Ersatz für Pflegeplätze, die vom 2. November 2014 bis 31. Juli 2018 auf der Grundlage des § 10 Absatz 6 Satz 1 APG NRW weggefallen seien.

Abschließend betont Herr Schuster, dass Voraussetzung für die Bewilligung der Förderung von Pflegeeinrichtungen jeglicher Art die Beachtung der Anforderungen an die Wohnqualität nach dem Wohn- und Teilhabegesetz und den hierauf beruhenden Rechtsverordnungen sei, soweit sie für die Einrichtung anwendbar seien.

Herr Dölling dankt Herrn Schuster für den ausführlichen Bericht.

Die Power-Point-Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 4 beigefügt.

7 Berichte aus den Arbeitsgruppen (AG)

- AG Pflege in der Gerontopsychiatrie

Laut Herrn Schuster sei ein Tätigkeitsschwerpunkt der Arbeitsgruppe derzeit die palliative Versorgung älterer und pflegebedürftiger Menschen in der Häuslichkeit. In der letzten Sitzung hätten sich die Mitglieder umfassend mit Fragen der Ethikberatung auf der Basis eines Vortrages von Frau Dipl. Psych. Schröder vom „Medizinethik-Team Düsseldorf“ befasst.

- AG Demenz im Krankenhaus

Ziel der gemeinsamen Arbeitsgruppe der Konferenz Alter und Pflege und der Gesundheitskonferenz sei gemäß Herrn Schuster die Verbesserung der Versorgung von Menschen mit Demenz im Krankenhaus in Düsseldorf. Hierzu sei ein Fragebogen zur Erfassung der Ist-Situation der Versorgung von Menschen mit Demenz in allen Krankenhäusern in Düsseldorf erarbeitet und versandt worden. Derzeit würden die Rückläufe durch die Mitglieder der Arbeitsgruppe ausgewertet und mögliche weitere Schritte diskutiert.

8 Verschiedenes

Herr Dölling weist auf den kommenden Sitzungstermin der KAP am 27. April 2016 hin.

Ende der Sitzung : 11.45 Uhr

Buschhausen

Drewling

Vorsitzender

Schriftführerin